



Heimats-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 44

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 30. Oktober 1920

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Normalzeile oder deren Raum 1,50 Mk.
(Der Betrag ist stets vorher einzufassen.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Unkenrufe gegen den Gesundheitsschutz unserer Kollegenschaft.

Raum wird bekannt, daß den Gesundheitsschäden, denen unsere Kollegen besonders durch die Verarbeitung des giftigen Bleiweißes ausgesetzt sind, wieder größere Beachtung geschenkt und diese Frage auf der nächsten Hauptversammlung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf im nächsten Jahr behandelt werden soll, so bricht auch schon ein reaktionäres Gekelke gegen die angeblich für das Unternehmertum im Auge befindliche Gefahr an. Denn ein etwaiges Bleiweißverbot zwingt zur Verwendung anderer Materialien, an die man sich erst gewöhnen muß, und etwaige Schutzmaßnahmen verursachen dem Arbeitgeber einige Ausgaben.

Diesmal ist es der Obermeister der Berliner Malerinnung, Herr Franz Rettig, der in Nr. 42 der „Berliner Malerzeitung“ seine Stimme erhebt, dem man seinen Abscheu für jeglichen Fortschritt bei seinem Alter zwar verstehen muß, dessen Stellungnahme aber wegen des von ihm belletrierten Amtes immerhin nicht unbeachtet bleiben darf. Herr Rettig ist es unbehaglich, daß wir unsere Kollegen in Berlin, Leipzig, Hamburg, Frankfurt a. M. und Stuttgart aufgefordert haben, wenn sie vom Krankentassenarzt für bleikrankverdächtig befunden worden sind, sich in den an diesen Orten vom Institut für Gewerbehygiene eingerichteten Untersuchungsstellen zu melden, damit sie dort völlig unentgeltlich auf ihren Gesundheitszustand genau untersucht werden. Weil er befürchtet, es könnte so die Gesundheitsschädlichkeit der Bleiweißverarbeitung einwandfrei festgestellt werden, bittet er seine „werten Kollegen, auch ihre Meinung und Erfahrung über diese wichtige Frage mitzuteilen, damit zu gegebener Zeit davon Gebrauch gemacht werden kann“. Denn es sei nicht gleichgültig, ob infolge eines Bleiweißverbotes Außenansprüche mit einem dauerhaften und weiterbestehenden Material ausgeführt werden dürften oder nicht und dadurch die schon bedeutende Arbeitslosigkeit noch vergrößert werde.

Diese Besorgnis um die Arbeitslosigkeit der Gehilfen, die bei einem Bleiweißverbot in keiner Weise beeinflusst würde, ist natürlich nur ein ganz fauler Vorwand oder ausgemachte Demagogie; denn, wer sich zu so leichtfertigen Diebstahlsarten versteigt, wie: die Krankenärzte wären „zumeist geneigt, jede Krankheit eines Anstreichers oder Malergehilfen als von der Verarbeitung von Bleifarben herrührend zu bezeichnen“, während erfahrene Ärzte festgestellt haben, daß ihre einfachen Kollegen weit mehr Bleierkrankungen nicht erkennen, als daß sie etwa irrtümlich Bleierkrankungen feststellen, der hat auch nicht so viel soziales Verständnis als notwendig ist, um die wirklichen Ursachen der Arbeitslosigkeit richtig zu erkennen und um deren unheilvolle Wirkungen auf die Arbeiterschaft so zu empfinden, daß es ihm ernsthaft um ihre Beseitigung zu tun wäre.

Nach Herrn Rettig ist die Verarbeitung von Bleiweiß überhaupt nicht gesundheitsgefährlich, sonst müßten Lehrlinge und Werkstattarbeiter zuerst davon getroffen werden. Und dabei ist es eine allbekannte Tatsache, daß die Bleierkrankungen in den verschiedensten und kompliziertesten Erscheinungen als Magen-, Darm-, Nervenkrankungen der mannigfachen Art auftreten, und zwar meist erst, nachdem das Blei im menschlichen Körper sein Fortbewegungswert schon in erheblichem Maße verrichtet hat, in späteren Jahren.

„Die Bleiweiß- und Bleifrage ist nur eine Reinlichkeitsfrage“ verkündet Herr Rettig in Fettdruck unter Berufung auf Herrn Dr. Koelsch beziehungsweise auf dessen von uns herausgegebenen Vortrag auf unserer Lackiererkonferenz in Hannover. Nur vergißt er hinzuzufügen, daß Herr Dr. Koelsch im nächsten Satze deshalb unter anderem fordert, daß der Arbeitgeber die notwendigen Waschgeräte und Arbeitskleider in gebrauchsfähigem Zustande zur Verfügung stellen müsse. Herr Dr. Koelsch plädiert aber außer für andere Schutzmaßnahmen ferner auch für ein Bleiweißverbot unter Berufung auf Österreich, wo schon das Bleiweißverbot für Innenansprüche sehr gute

Wirkungen ausgeübt habe. Und wir möchten hinzufügen, daß besonders in Dänemark (zum größten Teil auch in Norwegen und Schweden), kein Bleiweiß, auch nicht zu Außenanstrichen, verwendet wird, daß es in diesen Ländern keine Bleiweißfabriken gibt, auf die man in Deutschland Rücksicht nimmt, unbekümmert darum, ob deshalb hunderte Malergehilfen elend zugrunde gehen. — Das alles ist nach Meinung der Leute vom Schlage des Berliner Obermeisters ganz in Ordnung.

Daraus mögen unsere Kollegen erkennen, daß es wirklich nicht leicht sein wird, gegen die sich unserm Bestreben um einen durchgreifenden Gesundheitsschutz unserer Berufsgenossen — und es handelt sich dabei nicht nur um die Bleifrage — entgegenstehenden Widerstände mit Erfolg anzukämpfen, denn wir sind überzeugt, daß Herr Rettig und Gefolge bald Arm in Arm mit den Bleiweißfabrikanten gegen uns aufmarschieren wird, die sich bei der Rentabilität ihrer Betriebe diesen Kampf sicher, wie seither schon, wenn es brenzlich wurde, ein lächliges Stück Geld kosten lassen werden.

Unsere Kollegen aber in den oben erwähnten 5 Städten fordern wir auf, daß von sozialpolitischem Verständnis und von dem Streben nach wissenschaftlicher Klarheit zeugende Streben des Instituts für Gewerbehygiene durch den Besuch der eingerichteten Untersuchungsstellen zu unterstützen. Aber auch in allen übrigen Orten sollte man den Fragen des Gesundheitsschutzes weit mehr Beachtung schenken als leider in völliger Verkennung der bestehenden Gefahren von vielen Kollegen geschieht. So manche erkennen nicht, daß sie von Blei- und anderen Krankheiten vielleicht schon ergriffen und dauernd durch sie gefährdet sind, zumal gegenwärtig mehr als seit den ersten Jahren des Krieges wieder begonnen wird, Bleiweiß in größerem Maße zu verwenden und die meisten Kollegen wegen ihres durch Kriegsdienste der Unterernährung daheim körperlich epfräftet und daher gerade auch für Bleierkrankungen und deren vererblichen Begleiterscheinungen besonders empfänglich sind.

Zur Ernährungslage des Deutschen Reiches.

Die brennendsten Probleme, vor die heute unsere wirtschaftliche Lage uns stellt, sind die der Volksernährung. Vor der Frage, wie wir unser Volk jetzt und in Zukunft, nachdem uns so viele Rohstoffquellen genommen sind, auf die Dauer ernähren können, hängt nicht nur unser, sondern ganz Europas Bestehen in der kommenden Zeit ab. Ueber dieses Gebiet, auf dem theoretisch wie praktisch noch so viel zu tun ist, wurde von berufenster Seite auf dem kürzlich in Rauheim abgehaltenen Naturforschertag gesprochen. Professor v. Gruber, München, führte aus:

Die Art, wie unsere Feinde die Macht, die sie plötzlich erlangt haben, ausgenutzt haben, und das Verfahren, uns unerfüllbare Verpfichtungen aufzuerlegen, sind wohl überlegt. Daher ist auch der Erfolg ein vollständiger. Die Vernichtung unseres Handels und unserer Industrie bringt in Deutschland Millionen unmittelbar in größte Gefahr an Gesundheit und Leben. Die Erweiterung des Gefährdungsspielraumes durch Industrie und Technik in den letzten 50 Jahren hat unser Volk um 48 Millionen wachsen lassen. Ich halte es für unabwendbar, daß die Einschränkung dieses Spielraumes sie zum Aussterben bringt.

Aber unser Weiterbestehen hängt davon ab, ob wir der furchtbaren Not von heute Herr werden. Es wäre nämlich möglich, daß jetzt Millionen so jäh dahinstürzen, wie während der Hofschabe die Tausende. Was können wir tun? Die Erzeugung muß soviel wie möglich hervorbringen, der Verbraucher so wenig wie möglich verbrauchen. Da jetzt viele Lebensmittel aus dem Auslande zu uns kommen, meinen viele, daß es uns jetzt besser geht. O verhängnisvolle Täuschung! Vorläufig gibt man uns Lebensmittel auf Rump. Aber wie, wenn wir nicht mehr zurückzahlen können? Womit sollen wir zahlen, da uns alle Rohstoffe genommen sind?

Früher hat die Sozialhygiene aus dem Vollen schöpfen können. Es handelte sich nur um die Verteilung eines National Einkommens, das unbegrenzt steigerungsfähig war. Aber heute muß sie fragen: „Was und wieviel haben wir überhaupt zu verteilen?“ Die wichtigste Vor-

bedingung für unser Fortbestehen ist, daß wir unser Volk aus der Heimat ernähren. Unser Schicksal hängt davon ab, ob wir dazu imstande sein werden. Infolge des Mangels an Düngemitteln kann uns unsere Ernte nur etwa die Hälfte des Verbrauches von 1912 bis 1918 fringen. Wer dies weiß, könnte an der Möglichkeit verzweifeln. Aber sie besteht sicherlich.

Die Grenze des Stoffumsatzes wird beherrscht von dem Umfang des Energieumsatzes. Die Grundfrage der Ernährungshygiene hat Max Rubner in unermüdlicher Arbeit nunmehr festgelegt. Die Versorgung mit Energie erfolgt ausschließlich in Form von chemischer Energie der Kohlenhydrate. Alle andern Nährstoffe sind diesem im allgemeinen schon beigegeben. Sie sind untergeordnet unter dem Kardinalpunkt der nötigen Energiemenge. Auf Grund sorgfältiger Bestimmungen beträgt der Bedarf pro Person und Tag annähernd 2000 Kalorien, der tatsächliche Bedarf infolge Verluste um 2000 Kalorien und 72 Gramm Eiweiß. Das macht für ein Volk von 60,8 Millionen (soviel werden wir haben) jährlich 58,52 Millionen verdauliche Kalorien und 1,6 Millionen Tonnen Eiweiß. Können wir diese Menge aus dem Boden herausarbeiten?

Mensch und Tier sind Schmatoper des Pflanzenreiches. Zusammen haben sie früher in Deutschland aus dem Pflanzenreiche 217 Millionen Kalorien bezogen. In Zukunft werden wir nur einen Ertrag von 172 Millionen Kalorien einzuschöpfen haben. Da hinein müssen sich Mensch und Tier teilen. Denn das Vieh ist nicht nur Nahrungslieferant, es ist auch unser gefährlichster Wettbewerber. Von den Energiemengen, die durch den Tierkörper gehen, bekommen wir alles in allem nur 15% heraus. Um den besten Ausbeute zu erzielen, müssen wir also, nach Abzug der nötigen Arbeitspferde, etwa 30 Millionen Kalorien in pflanzlicher, 17 Millionen in tierischer Nahrung decken. Diese Zahlen lauten so günstig, daß wir mit Bestimmtheit sagen können, die Selbstversorgung können wir in der Hauptsache erreichen. Aber wie weit sind wir davon entfernt! In der Ernte 1919 fehlte ein Fünftel des Bedarfs, das wir einführen mußten. Der neue Markt soll uns ein Wenigteil sein. Sobald wir keinen Vorrat mehr bekommen, ist die Katastrophe da!

Mehr als je ist die Landwirtschaft das Fundament unseres Daseins. Ich bin überzeugter Anhänger der inneren Kolonisation. Denn die bäuerliche Bevölkerung war und ist der Wurzelstock der Völler. Aber andererseits erzeugt sicher heute der Großbetrieb viel mehr auf die Flächeneinheit als der kleine. Er leistet für die Ernährung der Städte etwa doppelt soviel pro Flächeneinheit als der Kleinbetrieb. Die großen Städte und die großen Güter sind Hebel, die zusammengehören. Was wir heute tun können, ist nur, die Großstädter nach Möglichkeit mit Kleingärten zu versehen.

Mit lebhaftem Beifall nahm die Versammlung diese Ausführungen des bekannten Physiologen auf. Als nächster Redner ergriff Professor Paul, München, das Wort zu einer Reihe programmatischer Forderungen für die künftige Arbeit der Lebensmittelchemie:

Der unglückliche Ausgang des Krieges hat die Versorgung unseres Volkes mit Lebensmitteln vor neue Aufgaben gestellt. Die deutsche Lebensmittelindustrie, die zum großen Teil ungeheuer gelitten hat, soll jetzt von neuem aufgebaut werden. Die Erzeugung guter und billiger Nahrungsmittel bildet die Grundlage für den Wiederaufbau unseres ganzen Wirtschaftslebens. Die Lohnfrage hängt in erster Linie von der Lebensmittelfrage ab. Dies geht schon aus der Tatsache hervor, daß das deutsche Volk in der letzten Zeit vor dem Kriege alljährlich etwa 19 Milliarden Mark für Lebensmittel aufwandte, und daß ungefähr drei Viertel der gesamten Bevölkerung, und zwar der minderbemittelte Teil, fast zwei Drittel des Einkommens für Essen und Trinken ausgab. Gegenüber der Lebensmittelfrage treten die Bekleidung und Wohnung, so wichtig sie auch sind, in den Hintergrund.

Das Ziel, die Gewinnung, Aufbewahrung und Zubereitung der Lebensmittel sowie den Handel und Verkehr damit, so zu gestalten, daß der größtmögliche Nutzen für die Volksernährung herausgewirtschaftet werden kann, läßt sich nur erreichen, wenn die Wissenschaft auf breiter Grundlage mitwirkt. Erforschung der chemischen Zusammensetzung der Lebensmittel, Ausarbeitung geeigneter Konservierungsmethoden, kurz, wissenschaftliche Durchdringung der gesamten Nahrungsmitteltechnik sind zu fordern. Zu diesem Zweck brauchen wir neben den Nahrungsmittelchemikern besondere Betriebslebensmittelchemiker und Ausgestaltung der „Bromatik“, der Lehre von der rationellsten und

schmackhaftesten Zubereitung der Speisen. Der Staat möchte alle Anstalten und Institute, die diesen Forschungen dienen, finanziell unterstützen.

Der Arbeitsmarkt im Juli und August 1920.

Das Septemberheft des "Reichsarbeitsblattes" enthält die Veröffentlichungen über den Arbeitsmarkt in den Monaten Juli und August. Danach zeigt die Erwerbslosigkeit eine weitere Steigerung. Nach den Berichten der Vermittlungskommission ist die Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen, die Anzahl der sogenannten Hauptuntersttzungsempfnger, vom 1. August bis zum 1. September von 403 878 weiter auf 419 786 gestiegen, so daß also eine Zunahme um 15 907 oder 4 vom Hundert eingetreten ist. Für das männliche Geschlecht ist die Zunahme noch etwas erheblicher, da die Untersttzungsempfngerinnen von 109 059 auf 107 279, also um 1780 oder 1,6 vom Hundert zurückgegangen sind, während für das männliche Geschlecht die Steigerung 17 887 oder 6 vom Hundert betrug. Die Zahl der unterstützten Familienangehörigen Erwerbsloser stieg bis zum 1. September von 369 284 am 1. August auf 387 616 (nach Feststellungen ohne Württemberg).

Die Statistik der Arbeitersachverbnde lässt zwar im ganzen keine Zunahme der Arbeitslosigkeit erkennen, denn von den 84 Verbänden, die über 5 555 012 Mitglieder Bericht erstattet haben, wurden 328 850 Arbeitslose oder 5,92 vom Hundert gegen 6 vom Hundert im Juli festgestellt. Eine Zunahme ist bei den hauptsächlich gelernte Arbeiter umfassenden Gewerkschaften also jedenfalls nicht vorhanden. Immerhin ist zu beachten, daß die Arbeitslosenziffer von dem Sinken der Arbeitslosigkeit im Spinnstoffgewerbe ausschlaggebend beeinflusst ist. Der Textilarbeiterverband, der im Juli die höchste Arbeitslosigkeit mit 17 vom Hundert aufwies, hat eine Verminderung der Arbeitslosenziffer auf 13,6 vom Hundert erfahren. Dafür ist bei den Metallarbeitern eine Steigerung der Arbeitslosen von 4 im Juli auf 5,5 vom Hundert im August erfolgt. Ferner ist bei den Bauarbeitern eine Zunahme von 3,9 auf 4,4 vom Hundert, bei den Fabrikarbeitern von 2,9 auf 3,6 vom Hundert, wie bei den Gemeinde- und Staatsarbeitern von 1,8 auf 2 vom Hundert zu erkennen und auch bei den Holzarbeitern von 10,4 auf 10,5 und bei den Transportarbeitern von 8,8 auf 9,9 vom Hundert.

Im August stieg bei den Arbeitsnachweiser das Angebot der männlichen Arbeitsuchenden, berechnet auf 100 offene Stellen, nachdem es bereits im Juli gestiegen war. Es erhöhte sich von 210 auf 226. — Auf dem Arbeitsmarkt für Frauen ist eine wesentliche Veränderung nicht zu verzeichnen. Es zeigt sich eine keine Entlastung; denn das Angebot der Arbeitsuchenden ist von 142 im Vormonat auf 139 im August zurückgegangen. Im allgemeinen sind in den einzelnen Berufsgruppen die Abweichungen nicht erheblich.

Für das gesamte Baugewerbe ergibt sich nach den Feststellungen des Reichsarbeitsblattes in den beiden Monaten folgendes Vermittlungsergebnis der Arbeitsnachweise:

	Arbeitsstellen	Offene Stellen	Delegierte
a) Juli 1920..... insgesamt	41590	21807	16865
Davon entfallen auf:			
Maurer, Stuckateure	17203	9722	7091
Zimmerer	6881	4227	3208
Maler, Lackierer, Anstreicher ..	11062	5932	5124
Glaser	1181	278	239
b) August 1920..... insgesamt	42225	21118	16867
Davon entfallen auf:			
Maurer, Stuckateure	17593	9502	7331
Zimmerer	7671	4296	3410
Maler, Lackierer, Anstreicher ..	11650	5528	4593
Glaser	1197	333	292

Auf 100 offene Stellen entfallen, demnach in den Monaten Mai, Juni, Juli und August 1920 Arbeitsgesuche:

	Mai	Juni	Juli	August
Von Maurern	137,5	155,8	177,0	185,1
" Zimmerern	118,1	189,4	168,0	178,5
" Malern	152,2	190,5	201,6	210,7
" Glasern	282,2	383,8	417,6	359,4

Auf die einzelnen Landesstellen verteilen sich in den Monaten Juni, Juli und August 1920 Angebot und Nachfrage für das Malergewerbe wie folgt:

	Juni		Juli		August	
	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Arbeitsuchende	Offene Stellen	Arbeitsuchende	Offene Stellen
Ostpreußen	170	88	210	76	228	85
Westpreußen	28	20	24	11	28	19
Berlin u. Brandenburg	2849	929	2881	868	2575	817
Pommern	201	181	188	119	198	108
Polen	5	8	16	8	6	5
Schlesien	506	198	556	188	287	98
Sachsen	358	289	372	296	350	301
Sachsenw. Polstein	297	272	305	219	308	157
Hannover	295	207	302	201	272	197
Westfalen	489	528	614	608	481	577
Hessen-Nassau	458	207	585	248	582	214
Rheinland	787	658	914	750	936	782
Bayern	827	386	1007	388	1051	379
Freistaat Sachsen	1716	528	1756	486	1956	456
Württemberg	868	162	891	149	410	179
Baden	391	224	406	180	387	241
Hessen	177	46	214	65	228	84
Mecklenburg	70	32	60	35	57	41
Thüring. Staaten	245	168	297	150	270	140
Oldenburg	86	81	59	58	70	85
Braunschweig	98	78	132	104	81	68
Lübeck	50	55	45	40	42	28
Bremen	242	269	288	281	208	178
Hamburg	899	389	945	499	749	294

Ueber die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder

in den verfloffenen 3 Quartalen dieses Jahres weist unsere Verbandsstatistik folgendes Ergebnis auf:

Monat	Es be-richteten Mit-glieder 1920	Mitglieder in d. be-richteten M. n. Monats-schlusse 1920	Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats 1920	Von 100 Mitgliedern waren Arbeitslose am Schlusse der letzten Monats-woche				
				1917	1918	1919	1920	
Januar ..	148	46127	4811	7127	3,66	1,47	28,18	15,45
Februar ..	144	46261	5566	5880	2,28	1,17	21,64	12,28
März ..	189	46080	8269	3153	0,79	0,22	10,72	6,84
April ..	192	47088	2078	4984	0,74	0,87	8,70	10,48
Mai ..	170	52016	2282	2550	0,44	0,30	6,10	5,90
Juni ..	171	53038	2194	2979	0,20	0,37	5,90	5,81
Juli ..	153	53190	2713	3758	0,29	0,29	6,48	7,06
August ..	178	51892	2146	3890	0,21	0,28	4,98	7,52
Septbr. ..	162	52157	1526	3085	0,15	0,28	3,44	5,88
Oktober ..	—	—	2404	—	0,47	0,54	5,18	—
November ..	—	—	4511	—	0,66	5,25	9,81	—
Dezember ..	—	—	5824	—	1,88	18,18	11,22	—

Jahresbericht des 6. Bezirks.

Schwer hatten die Kriegsfolgen den Bezirk getroffen; rasch und auf gesunder Basis, unsere Erwartungen durchweg erfüllend, vollzog sich im Berichtsjahre 1919 der Wiederaufbau. Reichlich lohnte sich die mhevollste Arbeit während der Kriegsjahre, die die stndige Fhrlingsnahme und der Versand unseres Verbandsorgans an die im Heeresdienst stehenden

Kollegen den Funktionären auferlegte. Gefhrvoll drohte zu Beginn des Jahres nur die erschreckend hohe Arbeitslosenzahl; unsere Tätigkeit auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung hatte aber verhältnismäßig rasch eine Senkung der Arbeitslosigkeit und rastlose Beschäftigung der Kollegen bewirkt, soweit diese nicht vorzogen, beim Grenzschutz, bei der Volkswehr usw. zunächst Dienste zu leisten. Die Zahl dieser Kollegen war, den ganzen Sommer über keineswegs gering, aber ebenso, wie bei den in den erlernten Beruf zurückgekehrten, war auch bei diesen Kollegen der sofortige Wiederanschlu an den Verband als eine Selbstverständlichkeit betrachtet. Erfreulicherweise konnte allgemein die Beobachtung gemacht werden, daß der Organisationsgedanke als Folge der Wünsche der letzten Jahre sich ausgebreitet und vertieft hatte, der vollkommene Wiederaufbau der Organisation wäre sonst kaum möglich gewesen. Mit den Stuttgarter Verwaltungsgeschäften und den Arbeiten für den 7. Bezirk noch belastet, blieb dem Bezirksleiter für eine besonders forcierte Werbttigkeit keine Möglichkeit; galt es doch vor allem andern, unsere infolge der ungünstigen Verhältnisse im Malergewerbe gegenüber der sprunghaft sich steigenden Kosten für die Lebenshaltung immer mehr zurückgebliebenen Löhne in die Höhe zu bringen, um einigermaßen gleichen Schritt mit den Löhnen in der Industrie und im übrigen Baugewerbe halten zu können, deren Entwicklung bei der dort günstigeren Geschäftslage eine bessere und beschrie-gendere war.

Große Schwierigkeiten verursachte die Durchführung des Achtstundentages, die im besetzten Gebiet erst mittels Streiks erkämpft werden mußte; nicht minder die dadurch bedingte Lohnumrechnung in Höhe von 18 bis 28 % pro Stunde. Unsere Bestrebungen, bei Einführung des Achtstundentages zu einer einheitlichen, gleich langen und durchgehenden täglichen Arbeitszeit während der ganzen Dauer des Jahres im Malergewerbe zu kommen, scheiterten an einigen Orten an dem Widerstand unserer Mitglieder oder, vielleicht besser gesagt, an den unzureichenden, täglichen Ernährungsverhältnissen; an einigen andern Orten, wie Karlsruhe und im Rheinheim-Ludwigshafener Lohngebiet, wurde der Gedanke reiflos verwirklicht, jeher zum Vorteil unserer Kollegen und des gesamten Gewerbes.

Gegenüber der rationelleren Verwertung von Zeit und Arbeitskraft müssen die Bedenken und Klagen verstmmen, die in dieser Zeiteinteilung die Ursache vermehrten Pfluchertums erblicken möchten, und wir möchten diese Gelegenheit benutzen, um erneut diese Arbeitszeitregelung mindestens für alle größeren Orte zu empfehlen; sie ist heute leichter durchführbar als vor Jahresfrist.

Die im Februar im Reichsarbeitsministerium gepflogenen Verhandlungen und deren Ergebnis konnten den Verhältnissen nur teilweise gerecht werden; in Württemberg mußten sofort nach dem Abschluß des Berliner Abkommens erneute Lohnverhandlungen eingeleitet werden, bei denen neben dem zentral vereinbarten Satz von 1 M. beziehungsweise 1,30 M. weitere Erhöhungen von 20 bis 30 % die Stunde für 21 Tarifsorte vereinbart wurden. Nebenher gingen zu gleicher Zeit die Bestrebungen, auf der Grundlage früherer Verhandlungen die Unternehmer zu weiteren Zugeständnissen zu bringen, um den fortgeschritten Preissteigerungen einigermaßen nachzukommen. In Baden und der Rheinpfalz wurden auf diesem Wege für 7 Tarifsorte weitere Zulagen vereinbart im Betrage von 20 bis 110 %.

Raum durchgeführt, erwiesen sich auch diese Lohnregelungen als unzureichend; neue Verhandlungen in den Orten, bezirksweise und dann wieder zentral, brachten weitere Lohn erhöhungen, die sich zwischen 40 und 80 % bewegten.

Auch die am 18. Oktober nochmal geführten zentralen Verhandlungen wurden fröhlich in 9 Orten durch weitere Zulagen ergänzt, so daß bis zu 80 % aufgebessert wurde. Wir brauchen kaum zu betonen, daß alle diese Lohnregelungen, die sich im Berichtsjahre in kurzen — und doch viel zu

Rezepte und praktische Winke.

- Mitgeteilt von W. Harries, Kiel.
- Sitte sind vielfach Mischungen von Leinöl mit Kreide, oder Auflösungen von Parzen in Serpentin mit mineralischen Zulgen, oder Kanakant in Terpentin oder Chloroform, oder Leim und Kreide, Lehm, Sand, Kalk mit Kasein usw.
- Rezepte für zu lackierende Dielen: Leim 20 Teile, Wasser 14 Teile, Gips 5 Teile, Goldatmober 3 Teile.
- Rezepte für zu waschende Dielen, unmittelbar vor dem Gebrauch: a) Kasein 500 Teile, Wasser 4000 Teile, Salmatagen 500 Teile, gekannter Kalk 250 Teile; b) Leim 2 Teile, Wasser 14 Teile, Zementkalk 5 Teile, Sgeaspne 3 Teile.
- Verfhr: Guttapercha lösen in 10 Teile Schwefelkohlenstoff (CS₂) und 1 Teil Terpentinöl, so daß eine dicke Paste entsteht; die Verbindungshelle gut reinigen.
- Rezepte für Vernis: Die zu verfertigenden Flächen werden mit Natriumhypochlorit (K[HO]) befeuchtet und im erwärmten Zustande aneinander gedrückt.
- Rezepte für Saarlack, Knne usw.: In Azetol oder Glycerin werden kleine Zellulosestcke aufgelöst und die zu lackenden Flächen damit bestrichen, dann fest angebrückt.
- Rezepte für Glas und Porzellan: 1 Teil geschlemmtes Fluspatpulver und 1 Teil feinstes Glaspulver wird mit Natriumwassertglaslsung von 36° B zu einer dicken Masse vermischt, die dann rasch und dünn auf die zu verfertigenden Flächen gestrichen wird. Fest anpressen.
- Rezepte für Steinzeug, Malabergips oder Kalk und Kasein.
- Rezepte für Leinwand: 2 Handvoll feiner Lehm werden mit einem Hagen groben Flchpapiers, das vorher mit Milch angefeuchtet wurde, oermischt. Unter diese Mischung gebe man 1 Lot Kochsalz, 1 Lot Eisenvitriol und etwas Milch.
- Rezepte für Metallbuchstaben auf Glas: 1. 30 Teile Aetzalkali, 10 Teile Zinknitrat, 10 Teile rohes Terpentinöl, 10 Teile gelhner warmer Leim, 20 Teile zu Pulver gefschter Kalk. Der Mixtur leicht schmiegsam und schnell erhrtend.
- 2. Lack und Kreide mit Zusatz von Bleiweiß in Oel.
- Durchsichtiger Lack: Man löst 1 g Kanakant in 6% g Chloroform auf, best der Lösung 40 g Natron zu und läßt das Ganze 8 Tage stehen.
- Rezepte für Marmor, Kalkstein usw.: Finer heißen Lösung von 1 Teil Leim in 3 bis 4 Teilen Wasser setzt man

unter Umrühren so viel frisch gefschten Kalk zu, bis die noch warme Masse zu dem beabsichtigten Gebrauch dick genug ist. (Wird sehr hart.)

Notbraune Holzbeize. Man nehme 10 Teile zwei-prozentige Schwefelsäure (H₂SO₄) und 100 Teile Wasser, und streiche damit das Holz an. Dann wird das Holz mit einer fünfprozentigen Ferricyankaliumlsung überstrichen. (Gelbes Blaulaugensalz.)

Imitation von Ebenholz. Auf Hölzern von feiner Struktur (Birnbaum, Pflaumenbaum usw.) läßt sich durch Tränken der Oberfläche mit verdünnter Schwefelsäure ein prächtiges Ebenholzschwarz erzielen. Die bestrichenen Hölzer werden so lange in einem warmen Raum aufbewahrt, bis die Färbung vollständig eingetreten ist.

Kupfer schwarz (beizen) färben. Die kupfernen Gegenstände werden gut gereinigt, in verdünnte Salpetersäure getaucht und gut mit Wasser abgewaschen; dann in einer Lösung von Schwefelwasser (KS) gelöst, in warmem Wasser getaucht. Nach dem Abspülen und Trocknen mit Japontack überzogen.

Silber schwarz färben (Altfiber). Die silbernen oder versilberten Gegenstände taucht man in eine Lösung von 1 g Schwefelwasser in 1 l hochendheisses Wasser. Der Farbton wird zunächst gelbbraun, später dunkelblauschwarz und hängt von der Dauer der Einwirkung ab. Nach dem Färben brstet man den Gegenstand mit Wasser und Bimsteinmehl oder Weinstmpulver. Ein schönes Schwarz erzielt man, wenn der Gegenstand vorher in eine Lösung von salpetersurem Quecksilberoxyd getaucht war.

Glaszen und Flssigke.

Um Schriften oder Zeichnungen in Glas zu zen, benutzt man den Fluorwasserstoff (HF), zusammengesetzt aus 1 Atom Fluor und 1 Atom Wasserstoff. Läßt man auf Fluspatpulver konzentrierte Schwefelsäure wirken, so entwickelt sich Fluorwasserstoffgas (HF). Die chemische Formel dafür ist CaF₂ + H₂SO₄ = CaSO₄ + 2HF. In die Luft geleitet, bildet es Nebel, weil es begierig Wasser anzieht. Die Handlssure enthält 40 bis 50 % HF. Die Handhabung dieser Säure erheischt große Vorsicht, da sie auf der Haut schmerzhaftes Wunden hervorbringt. Auf zweierlei Art läßt sich HF verwenden.

I. Für kleine Schilder. Zum Zwecke der Aetzung überzieht man die Gläser, Schilder usw. mit einem gegen

Fluorwasserstoff beständigen Aetzgrund, der aus Wachs, Paraffin oder Asphaltack bestehen kann. Die zu zenden Stellen kratzt man mit einem spitzen Griffel sauber weg und legt das so vorbereitete Glas den Fluorwasserstoffdmpfen aus. In einer Schale aus Blei mischt man Fluspatpulver und konzentrierte Schwefelsäure zusammen und wärmt etwas an. Auf den Rand legt man einige Korkstcke, worauf dann die zu zende Platte kommt. Oftmal können die Gläser so die ganze Fläche bestreichen, und zweitens kann der Aetzgrund nicht abschmelzen. Nach etwa 15 Minuten ist die Aetzung fertig und kann der Aetzgrund entfernt werden (Terpentn, Benzol oder Benzol). Die Fluorwasserstoffdmpfe erzeugen matte Aetzungen.

II. Für größere Schilder. Der Aetzgrund ist derselbe wie bei I.; man kann aber auch, um schnelle Arbeit herzustellen, die Platte mit Stanniolfolie belegen und die Schrift ausschneiden. Saubere und genaue Arbeit ist Hauptbedingung. Damit die Schrift etwas krzig wird, streut man je nach Wunsch groben oder feinen Schmirgel darauf. Dann wird auf diesen Schmirgel die fussliche Flssigke gegossen. Nach etwa 10 bis 30 Minuten wird das Schild mit reichlich Wasser abgewaschen und gut nachgespült. Soll die Aetzung ein glattes Aussehen haben, so legt man auf die zu zenden Stellen ein Stück Flsspapier und darauf nun die Flssigke. Nach Entfernung des Aetzgrundes wird die Schrift, wenn Vergbung gewünscht wird, angelegt mit Hausenblase oder Gelatine und noch na mit Blattgold belegt, und dann wie üblich weiter verfahren.

Die Flssigke wird in Guttaperchagesssen aufbewahrt. Die chemische Reaktion geht so vor sich: Der Fluorwasserstoff holt sich aus dem Glase den Siliziumdioxid (SiO₂) heraus und verbindet sich zur Kieselfluorwasserstoffsäure (HSiF₆) + Wasser (H₂O). Das Glas wird dadurch an der zu zenden Stelle aufgelöst.

Deckfarbe für Glaszen (Aetzgrund): 125 g Asphalt, 500 g Terpentnl, 62,5 g Burgunderharz, 37,5 g Talg und 75 g venezianischer Terpentn werden vorfhrig gelöst. Will man die Flssigke als Tinte zum Zeichnen oder Schreiben auf Glas benutzen, dann wärme man den Gegenstand einige Minuten so an, daß er eine Temperatur von etwa 40 bis 50° C annimmt. Das Schreiben selbst kann nun mit einer Stahlfeder erfolgen. Nach 5 bis 4 Minuten wäscht man mit recht viel Wasser schnell ab.

langen — Seitabschnitten folgten, bei ihrer reiflichen Durchführung eine Menge von Einzelverhandlungen und Arbeiten erforderlich machten. Zu bemerken ist ferner, daß mit jeder weiter notwendig gewordenen Lohnerhöhung der Widerstand der Arbeitgeber sich steigerte, nicht etwa, daß ihrerseits die Berechtigung der geforderten Zulagen bestritten wurde, in der Hauptsache wurde der Widerstand damit begründet, daß das Gewerbe die verlangten Löhne nicht tragen und Aufträge immer seltener zu erlangen seien. Nebenher steigerten sich, besonders vom Badischen Malermeisterverband, und hier wieder vornehmlich in Mannheim und Karlsruhe, die Klagen, daß von unsern Kollegen der Achtstundentag und die gewonnene freie Zeit ausgiebig zum Fluschen verwendet würde; eine Beschwerde, der wir in einzelnen Fällen ebenfalls entgegentraten, die aber ihre Ursache in den unzureichenden Löhnen hatte.

Bezug die Zahl der Tariforte vor dem Kriege 45, so registrierten wir beim Jahreschlusse bereits wieder 68 Tariforte; unter diesen befanden sich 5 mit Ortsverträgen, die übrigen 63 unterstehen dem Reichstarifvertrag. Der niedrigste Lohnsatz war 1,80 M., der höchste tarifliche Lohn 2,60 M. am Schlusse des Jahres. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ging in den Orten, wo die Arbeitgeberorganisationen ihrem Hauptverband angehörten, verhältnismäßig glatt vonstatten; sehr viel Scherereien verursachten diejenigen Orte, die keine geschlossene Arbeitgeberorganisation hatten, wobei wir aber nicht den Anschein erwecken wollten, als ob die organisierten Arbeitgeber sehr viel fortschrittlicher und arbeiterfreundlicher gesonnen wären; die Gemüthsruhe in den letztgenannten Orten lagen vielmehr daran, daß auch auf unserer Seite die Organisation und die Schulung der Kollegen noch manches zu wünschen übrig ließ.

Infolge der oft zögernden Stellungnahme der Arbeitgeber zu unsern Forderungen kam es im Laufe des Berichtsjahres mehrfach zu explosiven Streiks; so in Frankfurt am 15. Februar, 15. Mai und 11. August; in Konstanz am 15. März 1 Woche; in Jähr am 18. August 1 Woche; in Ludwigshafen am 21. März 4 Wochen; in Mannheim am 22. August 1 Woche; in Wirmasens am 20. November 2 Tage; an einigen andern Orten kam es Betriebsweise zu Differenzen; in Stuttgart waren passiver Meistens auf einer größeren Baustelle. Waren diese Streiks auch wilder Natur und zum Teil vertragsverleidend, so hatten sie aber alle das bemerkenswerte Ergebnis sofortigen Entgegenkommens seitens der Arbeitgeber. Stellt man bei Beurteilung des Gesamtergebnisses unserer Lohnbewegungen im Malergewerbe immer auch die großen Schwierigkeiten und die ungünstige Gesamtlage unseres Gewerbes mit in die Rechnung ein, so ist das Resultat sicher kein unbefriedigendes und zeigt schöne Erfolge unserer Organisationsarbeit. Zahlreicher und vor allem arbeitsreicher gestalteten sich die Bewegungen unserer Kollegen in der Industrie, bei denen 60 Betriebe in Betracht kamen; wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß sich diese Bewegungen drei-, vier-, fünf- und sechsmal wiederholten. Zwischen den einzelnen Bewegungen lassen sich überhaupt Verbindung und Wiederbeginn nicht genau feststellen. Es waren meist Verhandlungen in Permanenz, eine Folge der fortwährend und sprunghaft sich steigenden Preisentwicklung der wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel. Von diesen 60 Betrieben hatten im Berichtsjahr 18 die Akkordarbeit eingeführt oder beibehalten, die andern Betriebe hatten Zeitlohn.

Die erzielten Erfolge bei den Lohnbewegungen überholten fast durchweg die der Maler; sie stiegen im günstigsten Falle von 1,80 M. beim Jahresbeginn auf 2,60 M. beim Jahreschlusse; der niedrigste Verdienst war 2,05 M. am Ende des Berichtsjahres. Eine Spielwarenfabrik blieb noch etwas weiter zurück. Daß in der erregten Zeit auch mehrfach Arbeitseinstellungen beschlossen und durchgeführt wurden, die bei ruhigerer und sachlicher Ermüdung sicher unterblieben wären, kann ruhig zugestanden werden. Aber bei allen Kämpfen bewährte sich das Solidaritätsgefühl der Kollegen in vielfach glänzender Weise.

Wenig Günstiges kann berichtet werden vom Versammlungswesen. Auf diesem Gebiet war eine befriedigende Tätigkeit nahezu unmöglich infolge des Umstandes, daß unsere Mitglieder, vor allem zur Ausnützung der äußerst beschränkten Verkehrsverhältnisse genötigt, den Versammlungen vielfach fernbleiben mußten. Die Bezirksleitung selbst war ebenfalls mehrfach an einer entsprechenden Tätigkeit behindert durch die zweimal im Jahre eingetretene Stilllegung des Bahnverkehrs, die jedesmal über 1 Woche sich hinzog, noch länger während der bayerischen Räteherrschaft. Trotzdem war der Bezirksleiter an 148 Tagen auswärts und nahm Teil an 48 Sitzungen, 95 Versammlungen, 28 Revisionen, 56 Verhandlungen mit Arbeitgeberern, 9 Verhandlungen vor Tarifämtern, ferner an den Verhandlungen der Baclererkonferenz, am Verbandstag usw., außerdem an einer Reihe von Verhandlungen in den verschiedenen Schlichtungsausschüssen. Unter dem ebenso stark behinderten und gestörten Postbetrieb wurde auch der schriftliche Verkehr erschwert, der sich unter den obwaltenden Umständen ziemlich umfangreich gestaltete. 1115 Posteingänge und 1293 Ausgänge geben von dessen Ausdehnung ein Bild. Wir begannen das Jahr mit 1088 Mitgliedern und konnten am Schlusse desselben 8910 Mitglieder registrieren. 2524 neue Streiter hatten sich zu den alten gestellt, von denen sich im Laufe des Jahres 503 vom Berufsstand weiter zurückmeldeten. 20 Mitglieder kamen vom Ausland zurück, 262 sind von andern Verbänden übergetreten, darunter 86 von gegnerischen Organisationen. Trotzdem blieb noch eine außerordentliche Zersplitterung bestehen, da unsere Kollegen vielfach mit Zwang in andern Verbänden festgehalten worden.

Die 18 Filialen umfassen noch 59 weitere Orte als Zahlstellen, so daß sich der Einfluß unserer Organisation auf 70 Orte erstreckte; außerdem kamen noch ebensoviel Einzelmitglieder in Betracht.

Die Beitragsleistung besserte sich gegen das Vorjahr nicht unwesentlich; der Umsatz an beitragsfreien Marken blieb weit hinter demjenigen der Vorkriegsjahre zurück. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit ausreichender Finanzierung der Organisation hat sich in erfreulicher Weise vertieft, und die Zahl der wegen Beitragsrückstände gestrichlenen Mitglieder ist ebenfalls weit hinter derjenigen der Friedensjahre zurückgeblieben.

Schmerzlich berührt der als Folge des Versailler Diktats eingetretene Verlust unserer Mitglieder in Elsaß-Lothringen, der einen Ausfall von 502 Mitgliedern nach dem letzten Friedensstand zur Folge hat; ohne diesen Verlust

hätten wir im vierten Quartal den höchsten Friedensstand bereits um 818 Mitglieder überschritten. Soweit wir unterrichtet sind, haben sich die elsass-lothringischen Kollegen im französischen Bauarbeiterverband ebenfalls in verstärkter Zahl zusammengeschlossen, und viele unserer dortigen Mitglieder konnten wir infolge der brutalen Ausweisungen wieder in der deutschen Organisation willkommen heißen. Den Gebietsverlust und seine Wirkungen auf unsere Mitgliederzahl werden wir in Wälde ausgeglichen haben durch eine durchreisendere Organisation in den verbliebenen, immer noch umfangreichen Gebieten.

Sind wir von den Arbeiten des Berichtsjahres auch nicht reiflich befriedigt, und ist in den Kollegentreifen mancher heisse Wunsch besonders in Lohnfragen noch nicht erfüllt worden, so zeigt uns das Erreichte doch aufs neue den Wert und die Bedeutung einer starken, geschlossenen Organisation. Diese Erkenntnis wollen wir festhalten und mit ganzer Kraft die Einigkeit und Geschlossenheit unserer Reihen sicherstellen. Dann wird bei einer Besserung unseres Wirtschaftslebens sich auch unser Gewerbe wieder erholen und der Weg zu einer besseren Zukunft freigemacht werden können, aber alles nur durch die Organisation! Darum auch alles für die Organisation!

Fr. Puh, Stuttgart.

Lohnbewegungen.

M.-Stadbach. Die Kollegen der Figuristen- und Polychromenbranchen stehen mit ihren Firmen in Lohnstreitigkeiten. Zugug von in Frage kommenden Arbeitern muß streng ferngehalten werden!

Aus unserm Beruf.

Vom 7. Bezirk. In der Zeit vom 9. bis 16. Oktober fanden in den fünf größten Filialen des Bezirks — in Würzburg, Nürnberg, Regensburg, München und Augsburg — Versammlungen statt, in denen der Kollege Streine über das Thema „Die Kollegenschaft im Kampfe um ihre Existenz gegen das Unternehmertum“ referierte. Den Anlaß zu diesen Versammlungen, die mit Ausnahme der von Würzburg, wo ein ungünstiger Zeitpunkt gewählt war, gut besucht waren, gab das rückständige Verhalten der bayerischen Arbeitgeber in der Lohnfrage und ihr Bestreben, den Achtstundentag für das Malergewerbe zu beseitigen. Kollege Streine führte unter andern aus: Die Revolution hat uns leider den Sozialismus noch nicht gebracht. Der Kapitalismus sitzt zunächst noch fest im Sattel. Wir müssen also, um zum Sozialismus zu gelangen, unsere Gewerkschaften mehr noch als bisher ausbauen und die Mitglieder im Geiste des Sozialismus erziehen. Dabei müssen die Fragen in den Vordergrund geschoben werden, die unsere Existenz unmittelbar beeinflussen. Die Sozialisierung wird und muß kommen, und auch das Baugewerbe kann dabei nicht ausgelassen werden. Der chronische Wohnungsmangel und der Wucher in Baustoffen hat weiten Kreisen die Erkenntnis gebracht, daß hier eine Wendung auf privalkapitalistischem Wege nicht möglich ist. Die Bauarbeiterverbände haben deshalb größere Mittel zur Verfügung gestellt und den Verband sozialer Baubetriebe gegründet, an dem auch wir beteiligt sind. Wenn das auch noch nicht Sozialisierung sei, so befänden wir uns aber dadurch doch auf dem Wege dazu, was immerhin besser als Experimente sei, die den Sozialisierungsgedanken in Mißkredit bringen können. Im übrigen müßte zuerst dort sozialisiert werden, wo die Entwicklung die betreffende Industrie hierzu reif gemacht habe. Einer Sozialisierung des Malergewerbes würde sicher die des Baugewerbes vorausgehen. Das Unternehmertum stehe natürlich diesen Bestrebungen feindlich gegenüber, um so notwendiger für uns, an diesen Gedanken festzuhalten. Streine ging dann auf die Verhältnisse unseres Berufes näher ein und beleuchtete in äußerst zutreffender Weise das Verhalten der bayerischen Malermeister in der Lohn- und Tariffrage. Schon seit Bestehen einer Arbeitgeberorganisation im Malergewerbe wehe der schärfste Wind aus Süddeutschland und ganz besonders aus Bayern, was die Ausbreitung von 1908 beweise. Die bekannte Leistungsnorm — bei Abschluß des neuen Reichstarifess lang- und klanglos verschwunden — ist ein Münchner Erzeugnis. Ähnlich verhält es sich mit der Bekämpfung der Schmuckkonkurrenz durch Werkstattsperrn als eine Aufgabe des Tarifvertrages sowie andern schönen Dingen, ohne die die Meister seinerzeit glaubten, nicht leben zu können, die aber heute überwunden sind. Nun ist die Beseitigung des Achtstundentages das Stecknadelstich, das von rückschrittlichen Führern des Bayerischen Malermeisterverbandes geritten wird. Soziales Verständnis und die Einsicht, daß man heute mit den Gehilfen nicht mehr so umspringen kann wie in der Vorkriegszeit, sind dort sehr mangelhaft entwickelt. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichstarifvertrages, die nimmehr ausgesprochen ist, hatte nur bei den bayerischen Malermeistern Widerspruch gefunden. Grund hierfür war wiederum der Achtstundentag. Nachdem Streine noch das Verhalten unserer bayerischen Unternehmer in der Lohnfrage scharf kritisierte, kam er zu dem Schlusse, daß nur durch eine festgelegte Organisation diese Widerstände überwunden werden können. Dazu gehöre vor allem aber auch Einigkeit unter den Kollegen selbst. Parteipolitische Differenzen dürfen in den Gewerkschaften nicht ausgetragen werden; dazu seien die Versammlungen der Parteien da. Wir brauchen eine geschlossene und einheitlich geleitete kampfesmutige Kollegenschaft, wenn wir die kommenden Kämpfe ohne Schaden überstehen wollen. Der Kampf der Gewerkschaften gegen das Unternehmertum wird geführt um die Erhaltung der wirtschaftlichen Existenz und hat als Ziel die Erringung des Sozialismus.

Die Ausführungen fanden nach den uns zugegangenen Berichten in allen Versammlungen lebhaften Beifall. Eine größere Diskussion entspann sich eigentlich nur in München und in Augsburg, die aber keine neuen Gesichtspunkte zutage fördern konnte. Einig waren sich auch hier alle Kollegen mit dem Referenten, daß die Gewerkschaften das festeste Bollwerk gegen das Unternehmertum heute mehr denn je sind, und daß es die Aufgabe jedes Kollegen sein muß, für die Stärkung des Verbandes zu sorgen.

Baugewerbliches.

Zu der neuen Verordnung der heftisch-nassauischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft über Arbeiterschutz und die Unfallverhütung bei Hoch- und Tiefbauten wird uns geschrieben:

Mit dem Erlaß obiger Verordnung ist eine zwei Jahrzehnte lange Forderung der heftischen Bauarbeiter endlich in Erfüllung gegangen. In diesen neuen Vorschriften sind all die Wünsche der Bauarbeiter um ausreichenden Schutz für Leben und Gesundheit bei Ausübung ihres Berufes aufgenommen worden. So ist unter andern die Ueberwachung bei Staats- und Gemeindebauten, die unter staatlicher Leitung ausgeführt werden, ebenfalls den örtlichen Baupolizeibehörden übertragen. Zu welchen Umständen und Ausbehebungen das frühere Verbot der Aussicht bei diesen Bauten führte, erinnern wir nur an die skandalösen Vorgänge an dem Bahnhofsneubau, bei dem Bauern der Schulhäuser usw. Das sogenannte Ueberdiehandmauern ist jetzt verboten. Die Ueberwachung der Stahlbrucharbeiten, die Bleiwelkgesfahr beziehungsweise deren Bekämpfung, die vorher nur der Gewerbeinspektion zulage, ist ebenfalls der örtlichen Baupolizeibehörde übertragen. An Stelle der veralteten technischen Bestimmungen der heftisch-nassauischen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft sind bedeutend weitergehende Bestimmungen getreten. Die immer weiter fortschreitende Eisenbetonbauweise ist ebenfalls gebührend berücksichtigt. Schließlich sind Städte über 20 000 Einwohner und die einzelnen Kreisbauämter verpflichtet, Baukontrollen aus den Reihen der baugewerblichen Arbeiter anzustellen. Die Vorschläge der Berufsorganisationen sind bei der Auswahl in erster Linie zu berücksichtigen.

Raum sind diese Bestimmungen gesetzlich festgelegt, wird schon von gewisser Seite nach alten Regeln der Kunst versucht, die jahrzehntelange ertämpfte Forderung wieder zu hintertreiben. Da ohnedies in den Kreisen der Behörden die Bestimmungen über die Arbeiterkontrollen auseinandergehen (einzelne sprechen sogar von einer überflüssigen Einrichtung), sei hier kurz unsere Meinung über die Aufgaben dieser Kontrollen gesagt. Die Aufgaben eines Arbeiterkontrollors sind gesundheitsrechtliche, bautechnische und Verwaltungsarbeiten. Die gesundheitsrechtlichen Arbeiten erstrecken sich auf das Subjekt der Arbeit, den Arbeiter selbst. Er hat darauf zu achten, daß Gerüstholz und die Zubehöreile von guter Beschaffenheit sind, daß die erstellten Gerüste gut verankert und verankert sind, daß Schutzeländer und Abdeckungen angebracht sind, die Gerüste nicht überlastet werden, ferner, daß der Arbeiter keine körperlichen Schäden erleiden kann. Die Unterkunsträume sind so herzurichten, daß alle am Bau Beschäftigten normalen Gebrauch davon machen können. Verbandmaterial zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen muß stets vorhanden sein.

Die bautechnischen Aufgaben, gleichsam das Objekt der Arbeit, der Bau in seiner Ausführung an und für sich, Beschaffenheit des Baugrundes und des zu verwendenden Materials, die Ausführung der Pfeiler, Bögen, Tragflächen, die Führung der Kamine nach genehmigter Zeichnung sind Aufgaben, die den technischen Beamten in erster Linie obliegen. Der Arbeiterkontrollor hat hier die Anweisungen dieser Beamten zu beachten. Zu den Verwaltungsarbeiten gehören neben der Führung eines Tagebuches, die Abfassung von Berichten und Protokollen, die Einwirkung auf die Bauarbeiter durch Hinweise in der Fach- und Tagespresse, damit das Interesse für Bauarbeiterschutz geweckt wird. Wird in dieser Weise sorgfältig und beharrlich gearbeitet und aufklärend gewirkt, so werden die Arbeiterkontrollen sich in absehbarer Zeit zu einer Einrichtung heranbilden, die in erkennbar fürsorgender Weise namentliches Unglück und Elend von den Familien der Bauarbeiter fernhält. Die Bauarbeiterorganisationen verlangen deshalb tatkräftige Unterstützung von allen Körperschaften, die hierzu in der Lage sind, wollen diese nicht als Mitschuldige an den furchtbaren Opfern auf dem Schlachtfelde der Arbeit gelten.

Gewerkschaftliches.

Ueber die Einführung von Ferien im Baugewerbe sollte nach den protokollierten Erklärungen des Reichstarifess eine aus Vertretern der Vertragsparteien bestehende Kommission die notwendigen Unterlagen schaffen und bis 31. Dezember 1920 über ihre Entschlüsse berichten. Auf Grund dieser Bestimmung des Reichstarifvertrages sollten am 8. Oktober in Berlin Verhandlungen über die Einführung von Ferien stattfinden. Die Arbeiterverbände hatten als Unterlage für die Verhandlungen den Entwurf einer Ferienordnung ausgearbeitet und dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe eingereicht. Es ist jedoch zu Verhandlungen darüber, wie Ferien durchgeführt werden können, überhaupt nicht gekommen. Der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe leitete die Sitzung der Kommission vielmehr damit ein, daß er die Arbeitervertreter fragte, ob sie denn heute noch auf Einführung von Ferien im Baugewerbe bestünden. Bei Abschluß des Tarifvertrages seien die Arbeitgeber der Meinung gewesen, daß sich die Lage des Baugewerbes bessern würde, darin hätten sie sich getäuscht. Die Lage des Baugewerbes sei heute schlechter denn je. Führe man auch noch Ferien im Baugewerbe ein, so werde das Bauen aufs neue verteuert und erschwert und damit die Lage des Baugewerbes noch weiter verschlechtert. Die Arbeitervertreter erklärten, daß sie selbstverständlich auf Einführung der Ferien bestehen müßten. Daß Ferien eingeführt werden sollen, sei durch den Spruch der Unparteiischen und die Annahme des Vertrages durch den Arbeitgeberbund bereits entschieden. Es könne heute nur noch darüber verhandelt werden, wie die Ferien durchzuführen seien. Die Bauarbeiter verlangten Ferien. Würden sie nicht eingeführt, so werde sich die Unzufriedenheit der Bauarbeiter aufs neue steigern. Es sei auch nicht zu befürchten, daß sich durch die Einführung von Ferien das Bauen insgesamt verteuere. Die Ferien sollten dazu beitragen, die Gesundheit der Bauarbeiter zu stärken und ihre Arbeitsfreude zu heben. Die Bauarbeiter würden von ihrer Forderung auf Einführung von Ferien nicht abgehen. Der Baumeister Feuer, Berlin, erklärte, er halte Ferien für vollkommen überflüssig. Er habe auch keine Ferien und sei doch gesund. Er lehne Ferien ab, solange er nicht gesetzlich gezwungen sei, sie einzuführen. Er lehne auch Verhandlungen über die Ein-

